

## **Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr  
von Dienstag, 05.12.2017,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 15:42 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.**

**Für den in der Zeit von 15:47 Uhr bis 16:40 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

### **Anwesend waren:**

#### **Ausschussmitglieder**

|                              |               |
|------------------------------|---------------|
| Frau Marion Becker           | bis 16:28 Uhr |
| Herr Karlheinz Bein          |               |
| Herr Joachim Bieber          |               |
| Herr Thomas Borgwardt        |               |
| Herr Helmut Demel            | bis 15:45 Uhr |
| Frau Sonja Dolzer-Lausberger |               |
| Herr Erich Kuhn              |               |
| Herr Edwin Lieb              | bis 16:20 Uhr |
| Herr Otto Schmedding         |               |
| Herr Siegfried Scholtka      |               |
| Herr Rudi Schuck             |               |
| Herr Manfred Schüßler        |               |
| Herr Dietmar Wolz            |               |
| Herr Thomas Zöllner          | bis 16:30 Uhr |

### **Entschuldigt gefehlt haben:**

#### **Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

|                             |                                |
|-----------------------------|--------------------------------|
| Herr Deboy, B 5.1           |                                |
| Herr Dittrich, Leiter B 5.1 |                                |
| Herr Feil, Leiter Abt. 1    | Juristische Sitzungsbegleitung |
| Herr Kern, B 5.1            |                                |
| Herr Krämer, Leiter UB 3    |                                |
| Herr Wosnik, Leiter UB 5    |                                |
| Frau Zipf-Heim, B 1.1       | Schriftführerin                |

**Tagesordnung:**

- 1 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- 2 Schulbauprogramm: aktueller Maßnahmenstand (baulich) bei HSG und JBG
- 3 Staatliche Berufsschule Obernburg: aktueller Maßnahmenstand zu Umbau und Sanierung des Küchen- und Kantinenbereiches
- 4 Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2018 des Landkreises Miltenberg
  - a) Aufwandsbudget und Investitionsbudget Hochbau 2018 (Bauunterhalt, Wartung, Energiemanagement)
  - b) Kreisstraßenhaushalt 2018 und Projektausführungen
- 5 Informationen zu aktuellen Planungen im Bereich Verkehr
- 6 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

**Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung**

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, trägt vor:

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr am 25.09.2017 wurden folgende Aufträge vergeben:

**Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Hermann-Staudinger-Gymnasiums Erlenbach BA 2:**

|                       |              |
|-----------------------|--------------|
| Trockenbauarbeiten    | 286.329,17 € |
| Innenputzarbeiten     | 89.143,08 €  |
| Innentüren und Zargen | 84.344,26 €  |
| Estricharbeiten       | 38.546,42 €  |

**Generalsanierung des Johannes-Butzbach-Gymnasiums Miltenberg BA 2:**

|                 |              |
|-----------------|--------------|
| Estricharbeiten | 163.258,15 € |
|-----------------|--------------|

Tagesordnungspunkt 2:

**Schulbauprogramm: aktueller Maßnahmenstand (baulich) bei HSG und JBG**

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, berichtet:

**Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach**

**Termine:**

Aufgrund der in der letzten Sitzung dargestellten baulichen Schwierigkeiten ergibt sich zurzeit eine etwa sieben-wöchigen Bauverzögerung.

Die Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts wurde im Einvernehmen mit der Schulleitung des HSG auf die Herbstferien 2018 festgesetzt. Die Vorbereitungen für den Umzug seitens der Schule werden ab etwa Mitte Oktober anlaufen, der eigentliche Umzug erfolgt durch eine Transportfirma in der Herbstferienwoche.

Der dritte Bauabschnitt wird dann im November 2018 beginnen. Nach der Demontage der vorgehängten Fassadenplatten werden die alten Fensterelemente über die Wintermonate 2018/2019 verbleiben und so die inneren Abbruchmaßnahmen ermöglichen. Sobald es die Witterung im ersten Quartal 2019 zulässt, werden die restlichen Abbrucharbeiten im Fassadenbereich ausgeführt. Die Gesamtfertigstellung des dritten Bauabschnitts wird sich auf Herbst 2019 verschieben.

**Kosten:**

Für das Bauvorhaben rechnet der UB5 zurzeit mit einer Gesamtkostensteigerung bis zu ca. 8-10%.

Die Gründe hierfür sind:

- Allgemeine Steigerung der Baukosten um 7,4% gemäß Statistischem Bundesamt (von der Kostenberechnung zum aktuellen Stand der Baumaßnahme)
- deutlich zu optimistischer Kostenansatz der Architekten für die Umbaumaßnahmen im Bestandsgebäude BA 2+3
- Wesentliche, nicht vorhersehbare Bestandsschädigungen und von den Bestandsunterlagen abweichende Baudurchführungen.

**Qualitäten:**

Planerische Änderungen mit Auswirkungen auf den Qualitätsstandard fanden seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr nicht statt.

Kreisrat Scholtka sagt, wenn ein Bauleitungsbüro nicht ordentlich funktioniere, erzeuge das immer Kosten für den Bauherrn.

Herr Wosnik stimmt dem grundsätzlich zu, hier sei es allerdings so, dass man sich auf die Kostenberechnung zum FAG-Antrag beziehe. Das sei nicht die Bauleitung gewesen. Mittlerweile sage das Büro schon selber, wenn man damals einen anderen Mitarbeiter gehabt hätte, dann wäre...Davon könne sich das Landratsamt aber nichts kaufen. Deshalb sei es wichtig, dranzubleiben. Insgesamt sei es so, dass man mit diesen hier dargestellten Kosten zum einen noch fast innerhalb der BKI-Werte liege, andererseits seien zum Teil die Architekten nicht dran Schuld. Dazu komme, dass man in der Gemengelage sei, dass auch die Schule stets mit guten Ideen und Verbesserungsvorschlägen zur Seite stehe, die in den seltensten Fällen kostensenkend seien.

**Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg****Termine:**

Seit der letzten Bauausschusssitzung Ende September war das vordergründige Ziel, die Baustelle für die kommenden Ausbaugewerke (Putz-, Maler- und Trockenbauarbeiten, Estricharbeiten, Metallbau Innentüren, Hebebühne etc.), winterfest bereit zu stellen. Deshalb musste als wichtigste Maßnahme die Gebäudehülle geschlossen werden.

Nachdem die Zimmerer- und Holzbauarbeiten durch die Fa. Pampelbau bis Mitte Oktober mit den Restarbeiten beendet werden konnten, wurde sofort im Anschluss mit der Aufständigung der Glasdachfläche auf die Holzkonstruktion durch die Fa. Jet Brakel Aero GmbH begonnen. Diese konnte dann, nach den zügig verlegten Glasfeldern, Anfang November mit dem Einbau der im Randbereich geplanten Paneelfelder und den RWA-Anlagen abgeschlossen werden. Die Restarbeiten, wie das Aufbringen der Abdeckleisten, Verdunklungsanlage werden in Kürze erledigt. Durch die Dachabdichtungsarbeiten der Fa. Klemens Ott GmbH wurden schließlich die Anschlüsse an den massiven Bauteilen wasserdicht hergestellt.

Die letzte Öffnung in der Fassade, der Eingangsbereich mit dem Windfangelement, konnte ebenfalls Ende Oktober durch die Fa. Schmelz geschlossen werden.

Durch die Fa. EDO GmbH werden zurzeit die Nischen bzw. Wände hinter den geplanten Heizkörpern verputzt und gestrichen, sodass im Anschluss durch die Fa. Hasenstab die notwendigen Heizkörper montiert und in Betrieb genommen werden können. Ab Anfang Dezember kann dann die Baustelle für die kalte Jahreszeit durchgängig mit Wärme versorgt

werden (keine zusätzliche Winterbeheizung notwendig) und damit auch ein durchgängiges Arbeiten ermöglichen. Die Lüftungsarbeiten sind mittlerweile bis zu 90% abgeschlossen. Bei den Elektroinstallationsarbeiten sind die Kabelwege bzw. die Starkstrominstallationsarbeiten durch die Fa. Reis ebenfalls bis zu 70% abgeschlossen; im Januar 2018 beginnen die Installationsarbeiten für die Übertragungsnetze bzw. der Brandmeldeanlagen durch die Fa. Wirl.

Am 19.10.2017 wurden die beschränkt ausgeschriebenen Gewerke WC-Trennwände, Beschichtung und Tischlerarbeiten submittiert. Alle drei Gewerke sind mittlerweile beauftragt worden, da die Ausführung Ende Januar geplant ist. Diese Arbeiten sind notwendig, damit den Schülern zeitnah die Sanitärbereiche wieder zur Verfügung gestellt und die provisorischen Sanitäranlagen wieder zurückgebaut werden können.

**Kosten:**

Die Kostensituation hat sich gegenüber der letzten Ausschusssitzung nicht wesentlich verändert.

**Qualitäten:**

Die Qualitäten haben sich nach der letzten Ausschusssitzung nicht geändert.

Auf Nachfrage von Kreisrat Scholtka erklärt Herr Wosnik, dass das Ende dieses Bauabschnitts vor den Sommerferien 2018 geplant sei.

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 3:

**Staatliche Berufsschule Obernburg: aktueller Maßnahmenstand zu Umbau und Sanierung des Küchen- und Kantinenbereiches**

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, trägt vor, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr am 25.09.2017 bereits ausführlich über wesentliche Änderungen des Entwurfs (Erweiterung Sitzbereich, barrierefreie Zugänglichkeit von außen, usw.) sowie den aktuellen Kostenstand in Höhe von rund 1.164 Mio. € brutto informiert wurde.

Am 14.11.2017 wurden der Regierung von Unterfranken zur Vervollständigung des Förderantrages die noch nachgeforderten Unterlagen (insbesondere technischen Gewerke) sowie der aktuelle Entwurfsstand übergeben. Auch eine aktualisierte Kostenberechnung wurde angefügt, die bereits die aus dem Entwurf des Brandschutznachweises notwendigen Maßnahmen beinhaltet.

Der dem Förderantrag zugrunde gelegte Kostenstand beläuft sich inklusive geschätzten Nebenkosten in Höhe von rund 25 % auf 1.231.283,04 € brutto, Stand 08.11.2017.

Die zeitnahe Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung wurde von der Regierung von Unterfranken bereits mündlich zugesagt.

Der bereits erstellte Bauantrag inklusive Brandschutznachweis soll im Bauausschuss der Stadt Obernburg am 13.12.2017 behandelt werden.

Die Ausschreibungen aller Gewerke sind in Vorbereitung. Aktuell wird der organisatorische Bauablauf in Abstimmung mit der Schulleitung besprochen. Die provisorische Essensverpflegung der Schüler, auch während der rund sechsmonatigen Bauzeit, ist noch in Klärung.

Als Grundlage zur Umsetzung des Terminplans mit Beginn der Osterferien ab 26.03.2018, sollen die Ausschreibungen noch in diesem Jahr versendet werden. Mit ausreichender Angebotsbearbeitungsfrist, auch trotz der Ferienzeiten, werden die ersten Submissionen Ende Januar 2018 stattfinden.

Aufgrund der längeren Lieferzeiten, besonders bei der Lüftungstechnik, ist eine Auftragsvergabe bereits Anfang/Mitte Februar 2018 anzustreben.

Kreisrat Schüßler möchte wissen, ob das Platzangebot in Zukunft reichen werde, da die Mensa einen sehr guten Zuspruch habe.

Herr Wosnik antwortet, dass die Kantine bereits um 16 Plätze erweitert worden sei, was 60 Plätze zusätzlich in drei Schichten bedeute. Der Bedarf sei vorher bei dem Pächter abgefragt worden. Noch mehr Plätze ließen sich nicht umsetzen.

Kreisrat Scholtka weist darauf hin, dass diese Maßnahme eine Langzeitsanierung sei. Deshalb sei zu überdenken, ob die Kantine nicht mehr erweitert werde, wenn abzusehen sei, dass der Platz nicht ausreichen werde.

Herr Wosnik weiß nicht, ob man die Kantine erweitern wolle. Es stelle sich die Frage, ob man dort eine Schule oder ein Restaurant betreibe. Es gebe Möglichkeiten der Erweiterung, die direkt angrenzend seien. Der Prüfungssaal könne mit dazu genommen werden, das würde aber seitens der Regierung vom Raumprogramm her nicht mitgetragen werden.

Kreisrat Scholtka sagt, dass die 25% Baunebenkosten in der Kostenberechnung drin seien. Er möchte wissen, wieviel Prozent gefördert würden.

Herr Wosnik sagt, dass 16 oder 18% davon gefördert würden. Die Regierung habe erkannt, dass es mit den Baunebenkosten nicht ganz zutreffend sei. Werte zwischen 22,5 und 25% seien durchaus normal.

Nachdem dies eine sehr kostenintensive Maßnahme sei, weil ein Großteil der Technik Anlagentechnik sei, die der Küchenbau mit sich bringe, schlage das doppelt auf das Honorar, weil der Anteil der 400er-Kostengruppen ungewöhnlich hoch sei für eine normale Baumaßnahme.

Kreisrat Schuck fragt nach, ob die Küche an sich selbst groß genug sei.

Weiterhin schlägt er vor, die Küche wegen des höheren Platzbedarfs nach außen in die Terrasse verlagern könne. Er möchte wissen, ob es sonst noch eine Möglichkeit gebe, wenn man in Zukunft den Platzbedarf noch einmal auszuweiten.

Herr Wosnik erklärt, da die Küche dreiseitig zum Schulgebäude bzw. zu den umliegenden Freiflächen hin orientiert sei und einseitig zu der Straße, könne man sich mehrere Möglichkeiten vorstellen. Es würde alles sehr kostenintensiv werden.

Es sei beabsichtigt, zumindest für die Sommerzeit, den Gastraumbereich zum Innenhof, sprich zum Eingang hin, durchgesteckt werde. Dort könnte man auch möblieren. Ebenso könnte man dort auch erweitern, wenn man wollte.

Die Leistung der Küche sei eine Frage der wirtschaftlichen Vorgehensweise des Pächters. Die Küche könne die momentane Essensausgabe leisten, sogar mehr. Dazu müsste die Schule die Verpflegungszeiten entsprechend anpassen. Man könne maximal im zweieinhalb- bis drei-Schichtbetrieb arbeiten, weil der Stundenplan nicht mehr zulasse.

Kreisrat Wolz sagt, dass man unheimlich schwer langfristig planen könne, wenn letztendlich von der Regierung viele Vorgaben gemacht würden mit Schulstandorten usw.

Herr Wosnik antwortet, dass es schon bereits sehr lange dauert, überhaupt ein genehmigtes Raumprogramm für die Schule von der Regierung zu bekommen, auf dessen Grundlage man planen könne. Für Berufsschulen tue sich die Regierung selbst extrem schwer, ein Raumprogramm rauszugeben.

Die angedachte Erweiterung in Richtung des Prüfungsraumes sei ohne Probleme machbar. Die würde dazu führen, dass der umliegende Teil dieses Raumes nicht behindertengerecht vom Gastraum der Kantine aus erschlossen werde. Dies sei aber ein Planungsmangel, den man nicht ohne weiteres beseitigen könne. Er sei zwar behindertengerecht erschlossen, aber dazu müsse man erst raus. Insofern würde Herr Wosnik sagen, dass man dort auch ein relativ großes Foyer habe, das eventuell von der Ausnutzung her nicht wirklich so sein müsse, weil für die Übergangslösung habe die Schule von sich aus angeboten, dass man Teile dieses Foyers für Kantinenzwecke nutzen könne. Auch dort habe man Erweiterungspotential.

Dies alles könne man aber erst sagen, wenn es in den nächsten Schritt gehe.

Vorbei sei die Entscheidung, dass man beide Schulstandorte zusammenlege. Nach Einrichtung des Kompetenzzentrums und der Baumaßnahmen in Obernburg sei man an dieser Entscheidung vorbei.

Kreisrat Schüßler ist wichtig, dass wenn in einigen Jahren Mehrbedarf bestehe, noch Kapazitäten frei seien. Er sehe es sehr positiv, wenn die Mittagessen das Essen in der Schule annehmen.

Herr Wosnik sagt, dass für die Erweiterung des Gastraums Optionen da seien. Die Küchenfläche werde jetzt verdoppelt.

Kreisrat Kuhn möchte wissen, woran es liegt, dass man kein Raumprogramm von der Regierung erhalte für die langfristige Entwicklung der Berufsschule in Miltenberg und Obernburg.

Herr Wosnik erklärt, dass man ein Raumprogramm für Obernburg angefragt habe, nicht für Miltenberg. Er vermutet, dass es bei der Regierung personelle Schwachstellen in der Besetzung dazu führen, dass das Raumprogramm so lange dauert.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 4:

#### **Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2018 des Landkreises Miltenberg**

##### **a) Aufwandsbudget und Investitionsbudget Hochbau 2018 (Bauunterhalt, Wartung, Energiemanagement)**

##### **b) Kreisstraßenhaushalt 2018 und Projektausführungen**

Herr Dittrich trägt vor, dass sich das System der Jahresabfrage im Sommer bewährt hat.

Eine Verbesserung ist insgesamt in der Abstimmung mit den jeweiligen Schulen noch möglich. Zu den wesentlichen Punkten fand diese Abstimmung insbesondere mit der Berufsschule und der Realschule in Miltenberg statt. Insgesamt kann das Aufwandsbudget des Landkreises auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden, allerdings verschiebt sich die Gewichtung in diesem Jahr deutlich auf den Bereich Wartung. Bei den in Sanierung befindlichen Schulen und der Realschule in Obernburg ist der Bauunterhalt erwartungsgemäß niedrig.

| <b>Aufwandsbudget 2018</b> |                                    |
|----------------------------|------------------------------------|
| 1.225.060 €                | Allg. Bauunterhalt und Reparaturen |
| 374.200 €                  | Wartungskosten                     |
| 107.000 €                  | Energiemanagement                  |
| <b>1.706.260 €</b>         | <b>Summe BU</b>                    |
| 35.000 €                   | Budget für Klimaschutzmanager      |
| 104.000 €                  | Außenanlagen (INV)                 |
| <b>1.845.260 €</b>         | <b>Gesamtsumme</b>                 |

Im Einzelnen sind im Budget für den allgemeinen Bauunterhalt folgende kleinere Baumaßnahmen und größere isolierbare Baumaßnahmen enthalten:

|   |                    |
|---|--------------------|
| <b>Landratsamt Miltenberg</b>                   | <b>166.500,- €</b> |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 50.000,- €         |
| Kreiskasse (Kassenautomat u. zus. Arbeitsplatz) | 13.000,- €         |
| Tresore   | 21.000,- €         |
| Austausch Bodenbelag                            | 23.000,- €         |
| <b>Dienststelle Obernburg</b>                   | <b>39.500,- €</b>  |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 10.000,- €         |
| Steuerung Schaltschrank Wärmezeugung            | 20.000,- €         |
| <b>Dienstgebäude Fährweg 35, Miltenberg</b>     | <b>13.000,- €</b>  |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 10.000,- €         |
| <b>Schulzentrum Eisenfeld</b>                   | <b>186.500,- €</b> |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 65.000,- €         |
| Einhausung Stromerzeuger an Trafostation        | 22.000,- €         |
| Ladestation E-Bikes                             | 8.000,- €          |
| <b>Johannes-Hartung-Realschule Miltenberg</b>   | <b>198.700,- €</b> |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 27.000,- €         |
| Brandschutztüren in Fluren                      | 28.000,- €         |
| Sanierung UG aufgrund Wassereintritt            | 80.000,- €         |
| <b>Main-Limes-Realschule Obernburg</b>          | <b>53.700,- €</b>  |
| darin enthalten:                                |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt                        | 30.000,- €         |

|  |                    |
|--|--------------------|
| <b>Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach</b>                            | <b>61.100,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 37.000,- €         |
| <b>Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg</b>                            | <b>78.400,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 40.000,- €         |
| <b>Janusz-Korczak-Schule Eisenfeld</b>                                   | <b>109.600,- €</b> |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 20.000,- €         |
| Verkabelung Beamer Klassenzimmer inkl. WLAN                              | 35.000,- €         |
| Umbau der Warmwasserbereitung  | 30.000,- €         |
| <b>Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule Miltenberg</b>                         | <b>60.300,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 15.000,- €         |
| Verkabelung im Zuge Vernetzung Klassenzimmer                             | 30.000,- €         |
| <b>Berufsschule Miltenberg</b>   | <b>249.060,- €</b> |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 60.000,- €         |
| Brandschutzsicherungsmaßnahmen   | 50.000,- €         |
| Behinderten-WC   | 27.500,- €         |
| Behindertengerechte Anrampung  | 32.000,- €         |
| <b>Berufsschule Obernburg</b>  | <b>180.400,- €</b> |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 65.000,- €         |
| EDV-Verkabelung erneuern/modernisieren                                   | 30.000,- €         |
| Außenlager Umbau   | 25.000,- €         |
| <b>Fachoberschule Obernburg</b>  | <b>59.400,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 15.000,- €         |
| Flachdacherneuerung m. energetischer Ertüchtigung                        |                    |
| Aula und Eingangsbereich   | 20.000,- €         |
| Neustrukturierung EDV-Verkabelung<br>(Planungsleistungen ELT-Fachplaner) | 15.000,- €         |
| <b>Untermainhalle Eisenfeld + Kleine Halle</b>                           | <b>89.000,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 35.000,- €         |
| LED-Beleuchtung Tribüne u. Umkleiden                                     | 30.000,- €         |
| <b>Dreifachturnhalle Miltenberg</b>                                      | <b>44.200,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 15.000,- €         |
| Dachsanierung Bereich Fahrradabstellanlage                               | 10.000,- €         |
| Batterieanlage für Notbeleuchtung  | 6.500,- €          |
| <b>Heizzentrale und Gasmessstation Eisenfeld</b>                         | <b>65.700,- €</b>  |
| darin enthalten:   |                    |
| Allgemeiner Bauunterhalt   | 30.000,- €         |

|   |                   |
|---|-------------------|
| Beseitigung von Mängeln aus der Sicherheitsbegehung (Leiter u. Fördereinrichtung) | 25.000,- €        |
| <b>Heizzentrale Obernburg</b>   | <b>32.400,- €</b> |
| darin enthalten:  |                   |
| Allgemeiner Bauunterhalt  | 10.000,- €        |
| Fördereinrichtung Hackschnitzelbunker   | 20.000,- €        |
| <b>Klimaschutzmanagement</b>  | <b>35.000,- €</b> |
| darin enthalten:  |                   |
| Kleinmaßnahmen Klimamanager   | 10.000,- €        |
| Solarenergienutzung   | 25.000,- €        |
| <b>Vermischte Ausgaben</b>  |                   |
| FM Leistungen Gebäudebetrieb  | 30.000,- €        |
| FM Leistungen Bauunterhalt  | 30.000,- €        |

Kreisrat Scholtka fragt nach genauerer Aufschlüsselung des Aufwandsbudgets der Schulen.

Herr Dittrich antwortet, dass beim Schulzentrum Elsenfeld neben den bereits genannten Maßnahmen folgendes enthalten sei:

|   |             |
|---|-------------|
| Malerarbeiten in verschiedenen Bereichen            | 10.000,00 € |
| Sockelleisten und Eckschienen in den Klassenzimmern | 12.000,00 € |
| Wartungsarbeiten                                    | 64.500,00 € |

Bei den anderen Liegenschaften sei es ähnlich. Bei der Berufsschule Obernburg sei das Budget zusätzlich zu den bereits genannten Maßnahmen folgendermaßen aufgeteilt:

|  |             |
|--|-------------|
| Linoleumboden in Raum 209, 210 und 211 | 7.200,00 €  |
| PC-Unterverteilung                     | 6.000,00 €  |
| Reparatur Flachdach Hauptgebäude       | 5.000,00 €  |
| Schalldämmung im Kompressorraum        | 5.000,00 €  |
| Wartungen                              | 34.700,00 € |
| Zusatzbeleuchtung                      | 2.500,00 €  |

Kreisrat Kuhn nimmt Bezug auf die Brandschutzs Sofortmaßnahmen in der Berufsschule Miltenberg für 50.000,00 € und den behindertengerechten Umbau für 60.000,00€ insgesamt. Er führt an, dass der Friseurbereich erneuert worden sei, der Hochschulbereich sei auch umgebaut worden. Er möchte wissen, ob es für den Rest des Gebäudes eine Vorstellung für ein Gesamtkonzept gebe. Er wisse nicht, ob Brandschutzs Sofortmaßnahmen erforderlich seien und auch behindertengerechter Umbau.

Herr Wosnik antwortet, dass es ein Konzept für die Berufsschule Miltenberg gebe, wie sie einmal genutzt werden soll oder kann. Dies sei natürlich genauso belastbar wie das Konzept in Obernburg. Solange man kein genehmigtes Raumprogramm vorliegen habe, gehe es nur schwer weiter. Die Sofortmaßnahmen Brandschutz sei eine Thematik, die wahrscheinlich an allen Schulen immer wieder auftauche. Beim Thema Brandschutz gebe es keinen Bestandschutz. In dem Moment, wo ein Mangel bekannt werde, müsse er behoben werden. Zuerst müsse untersucht werden, ob dieser Mangel betriebsgefährdend sei. Wenn das so sei, müsse man eine sogenannte Sofortmaßnahme einleiten. In der Berufsschule Miltenberg gebe es wesentliche Brandschutzmängel, die nicht auf Schlechtleistung eines damaligen Planers beruhten, sondern darauf, dass sich die Brandschutzbestimmungen änderten. Die Kosten werden gerade genau ermittelt.

Zum Gesamtkonzept führt Herr Wosnik aus, dass es ein grobes Konzept zu den Baukörpern gebe. Man wisse, dass die Baukörper A und B nach einem Gesamtkonzept und nach den statischen Belangen abgängig seien. Die werden ersetzt werden müssen. In dem Bereich werde man neu bauen. Darüber hinaus gebe es aber noch keine weitere Planung.

Kreisrat Schuck sagt, dass viele elektrische Maßnahmen auftauchen würden wie z.B. Verkabelung EDV. Er möchte wissen, ob diese Positionen im Allgemeinen Bauunterhalt enthalten seien bzw. wo die Grenze sei.

Herr Wosnik antwortet, dass die Grenze bei Maßnahmen gezogen worden sei, die weniger als 15.000,00 € kosteten. Natürlich habe man immer wieder im laufenden Betrieb Arbeiten, dass ein Elektriker kleinere Anpassungsarbeiten im IT-Netz durchführe. Dies seien allerdings geringfügige Beträge. Wenn es z.B. eine komplette Verkabelung eines Klassenraums oder eines Bereichs ist, dann habe man es nicht aufgeführt, weil die Kosten meistens darüber lägen.

Landrat Scherf nimmt Bezug auf die gestrige Kreisausschusssitzung und sagt, dass man im Jahr 2018 vor einer Art „Generalsanierung“ der IT-Infrastruktur stehe. Nachdem beim Thema Digitalisierung von Jahr zu Jahr noch etwas auf das System draufgesetzt worden sei, habe man beschlossen, in Vorbereitung auf das Digital 2-Paket der Bayerischen Staatsregierung Planungsarbeiten bzw. Gesamtkonzepte zu erstellen. Schwerpunkt in 2018 seien die beruflichen Schulen, in denen die gesamte IT-Infrastruktur wieder leistungsfähig gemacht werde. Deswegen sei EDV-Verkabelung z.B. bei der Berufsschule Obernburg als eine eigene Position enthalten, nicht als kleinere Maßnahme im Bauunterhalt.

Kreisrat Schuck möchte noch wissen, ob der Landkreis einen eigenen Elektriker für kleinere Maßnahmen an Schulen habe, was Herr Wosnik verneint.

Herr Wosnik erklärt, dass der Landkreis einen eigenen Maler und einen All-Round-Handwerker habe. Wenn ein eigener Elektriker gewünscht wäre, müsste dies im Ausschuss behandelt werden.

Kreisrat Schuck fragt, ob die Heizungsanlage an der Untermainhalle in Elsenfeld bereits in den genannten Kosten enthalten sei.

Herr Wosnik bejaht das.

Kreisrat Lieb möchte zu dem Austauschtresor wissen, ob es dafür Fristen gebe.

Herr Krämer erklärt, dass es dazu keine speziellen Fristen gebe, aber die Bayerische Versicherungskammer habe die Kassensicherheit und die Tresore für die überwachungspflichtigen Vordrucke im Landratsamt überprüft. Alle Tresore stammten aus den 60er-Jahren und entsprechen nicht mehr den aktuellen Vorschriften, deswegen müsse jetzt in Zusammenarbeit mit dem Bauamt in die Planung gegangen werden.

Kreisrat Kuhn merkt an, dass es für behindertengerechten und barrierefreien Umbau Förderprogramme gebe. Er möchte wissen, ob das Landratsamt einen solchen Antrag gestellt habe.

Herr Wosnik antwortet, dass der Fall unter die Bagatellgrenze von 100.000,00 Euro falle und somit kein Antrag gestellt werden könne.

### **Investitionsbudget:**

Das Investitionsbudget sieht zum einen die Fortführung der laufenden Baumaßnahmen vor.

Darüber hinaus stehen einige Brandschutzmaßnahmen an, die, soweit sie einen Betrag von 100.000 € übersteigen, zuwendungsfähig sind. Die Beantragungen der Förderungen stehen noch aus.

Des Weiteren sind innerhalb des Investitionsbudgets Planungen für die Sanierung der Sporthallen des Landkreises vorgesehen, um eine Antragstellung in 2018 und einen Beginn der dringend erforderlichen Sanierungen in 2019 zu ermöglichen.

Schließlich ist das Budget für die Möblierungen der Schulen, die zurzeit nicht in Sanierung sind, deutlich angestiegen, da die bestehenden Möblierungen ihre Nutzungsdauer erreicht haben.

| <b>Investitionsbudget 2018</b>              |   |
|---|---|
| 100.000,- €                                 | <b>Schulzentrum Eisenfeld</b><br>Schadensbeseitigung<br>Restabwicklung/Honorare   |
| 200.000,- €<br>100.000,- €                  | <b>Main-Limes-Realschule Obernburg</b><br>Vorbereitung Turnhalle<br>Neubau 2-fach-Sporthalle u. Außenanlagen                        |
| 1.200.000,- €<br>200.000,- €                | <b>Staatl. Berufsschule Obernburg</b><br>Sanierung Mensa / Küche BA 1<br>Brandschutz Sofortmaßnahmen                                |
| 150.000,- €                                 | <b>Staatl. Berufsschule Miltenberg</b><br>Brandschutzmaßnahmen  |
| 3.500.000,- €<br>390.000,- €<br>180.000,- € | <b>Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach</b><br>Generalsanierung<br>Sanierung Sporthallen u. Außenanlagen<br>Sanierung Sportanlage |
| 3.400.000,- €<br>100.000,- €                | <b>Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg</b><br>Generalsanierung<br>Sanierung Sporthallen  |
| 252.780,- €                                 | Mobiliar und Ausstattung  |
| <b>9.772.780 €</b>                          | <b>Gesamtsumme</b>  |

Landrat Scherf fasst das Koordinatensystem zusammen, in dem man sich momentan bewegt: Aktuell laufe investiv HSG Erlenbach, JBG Miltenberg und Generalsanierung Berufsschule Obernburg. Dann habe man planungsmäßig dreimal die Thematik Schulturnhallen und Außengelände. Der 5. große Block in Erwartungshaltung sei die Berufsschule Miltenberg.

Auf Nachfrage von Kreisrat Kuhn antwortet Herr Dittrich, dass das Investitionsbudget 2017 bei ca. 8,6 Mio. Euro gelegen habe.

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, trägt vor, dass für das Aufwandsbudget "Unterhalt an Straßen und Wegen" der 214 km Kreisstraßen 850.000 € veranschlagt werden. Die Einzelaufteilung für die Betriebskostenrechnung, Straßenunterhalt, Bauwerksanierung, Straßengrün-Pflegekosten, Markierung, Schutzeinrichtungen, Beschilderung, Kfz- und Geräteunterhalt, Arbeitsschutz und Winterdienstkosten erfolgt in Anlehnung an die Ausgabenstände aus dem Vorjahr und kann aus der Budgetliste entnommen werden (u.a. für den Winterdienst mit Salzkauf 150.000 €, für Kfz- und Geräteunterhalt 120.000 €, Betriebskostenrechnung 110.000 €). Die Betriebskostenrechnung beinhaltet Pachten, Planung, Fahrzeug- und Personalverrechnungen sowie anteilige Gemein- und Betriebskosten).

Die geplanten Mehrkosten gegenüber 2017 (50.000 €) ergeben sich i. W. aus gestiegenen Straßenunterhaltskosten. Darüber hinaus gibt es geringfügige Verschiebungen innerhalb der einzelnen Posten.

An Aufwendungen für Mieten und Pachten für die Unterbringung in Garagen und Kfz-Stellplätzen sind weitere 5.000 € erforderlich.

Zu den Unterhaltungskosten zählen auch die Kosten für Personalnebenaufwendungen wie med. Untersuchungen, Schulungen und Führerscheinkosten bei Auszubildenden. Der Aufwand wird mit 20.000 € veranschlagt.

Unter vermischten Aufwendungen sind, wie die Jahre zuvor, die Ausschilerungskosten in Höhe von 2.000 € für die überregional vorhandenen Radwege im Landkreis Miltenberg aufgenommen. Für die Restabwicklung aus 2017 entstehen Kosten für die Bearbeitung des „Landkreisweiten Radwegekonzeptes“ in Höhe von 20.000 €.

Für die Betreuung der Kreisstraßen durch das Staatl. Bauamt Aschaffenburg, insbesondere die Aufwandserstattung an den Freistaat Bayern (800 €/km Straße), ist für 214 km Kreisstraßen ein Betrag von 171.200 € anzusetzen. (Vergleich Vorjahr 128.400 €).

Auch 2018 sind wieder Ersatzbeschaffungen von Arbeitsgeräten und Kolonnenfahrzeuge notwendig. Für die Straßenmeisterei Miltenberg ist ein Streckenwartfahrzeug als Ersatzbeschaffung für den bisherigen Transporter in Höhe von 35.000 € erforderlich. Als Restzahlung für die Anbauteile des bereits in 2017 beschlossenen und beschafften LKW werden 300.000 € eingestellt.

Für den laufenden Unterhaltungsbetrieb und Grünpflege sind weitere Ersatzbeschaffungen von Motorsägen, Motorsensen und Werkzeuge vorgesehen. Für diese Betriebsausstattung sind 10.000 € angesetzt.

Auf Grundlage von gesetzlichen Vorgaben hat der Landkreis im Zuge von gemeindlichen Kanalsanierungen Kanalbeiträge an die Gemeinden zu zahlen. Diese Investitionsaufwendungen sind gemäß OD-Richtlinien gesetzlich geregelt und werden in entsprechenden Vereinbarungen dokumentiert. Diese Investitionen werden mit 10.000 € veranschlagt. Dieser Restbetrag resultiert aus der „OD Niedernberg“, Römerstraße.

Die Gesamtsumme für den Bereich „Anlagen im Bau-Neubau, Ausbau und Deckenbau“ in Höhe von 1.605.000 € gliedert sich, wie aus der Liste ersichtlich, wie folgt auf:

Für die Deckenerneuerung MIL 02 Schmachtenberg Richtung Mönchberg sind 500.000 € eingeplant.

Als reine Planungsmaßnahme ist die Strecke der MIL 05 an der B 469 Richtung Mainbullau in Höhe von 10.000 € vorgesehen.

Ebenfalls als reine Planungsmaßnahme ist die Strecke der MIL 06 von Weilbach nach

Amorbach, ebenfalls mit 10.000 €, mit Böschungssanierung angedacht.

Eine weitere Maßnahme stellt der zweite Bauabschnitt der MIL 07 von Watterbach nach Breitenbuch dar. Hier soll auf einer Länge von ca. 1,8 km die Deckschicht im Hocheinbau erneuert werden. Es sind Kosten in Höhe von 220.000 € eingestellt.

Ebenfalls an der MIL 07 wird der Einmündungsbereich zur St 2311 im Rahmen der Sanierung der OD Kirchzell ausgebaut. Hierfür sind im Haushalt 65.000 € eingeplant.

Im Zuge der gemeindlichen Sanierung der MIL 22 in Niedernberg soll nun auch der Restbereich der Kreisstraße, der Waldweg bis zum Kreisverkehrsplatz, saniert werden. Hier wird im Zuge der gemeindlichen Maßnahme „Wasserversorgung und Kanalertüchtigung“ der Oberbau erneuert. Dafür werden 280.000 € angesetzt.

Als Maßnahme, die in 2017 nicht mehr durchgeführt wurde, wird nach Ablauf der Schonzeit mit dem Ausbau der Faulbachbrücke in Altenbuch begonnen. Hierfür werden im Haushalt 400.000 € angesetzt.

Für Restabwicklungen von Projekten aus den Vorjahren sind 120.000 € eingeplant.

Der Gesamthaushaltsansatz 2018 für die Ausgaben der Produktgruppen Kreisstraßen beträgt für das Aufwandsbudget 1.068.200 € und für das Investivbudget 1.960.000 € (Fahrzeuge, Anbaugeräte, Investitionsaufwendungen an Gemeinden und für Anlagen im Bau).

Den Ausgaben stehen Zuwendungseinnahmen in Höhe von 130.000 € gegenüber.

Kreisrat Bein sagt, dass es in Kleinwallstadt-Hofstetten eine bekannte Engstelle gebe, die nun beseitigt werden könne, da das letzte Haus jetzt gekauft werden könne, nachdem der alte Besitzer gestorben sei. Er möchte wissen, ob es dahingehend schon Planungen gebe.

Herr Wosnik antwortet, dass ihm nichts bekannt sei, er dies aber gerne mitnehme, damit die Maßnahme mit aufgenommen werden könne.

Kreisrat Schuck sagt, er habe nach der in der letzten Sitzung beschlossenen Anschaffung des LKWs beim Straßenbauamt nachgehört und ihm sei geantwortet worden, dass 17 Fahrzeuge in München bestellt würden. Wenn der Landkreis aber ein solches Fahrzeug bezahlen müsse, bittet er, vorher zu prüfen, ob das Straßenbauamt eventuell spezielle Wünsche habe.

Herr Kern sagt, dass er mit Herrn Steif, dem zuständigen Sachbearbeiter in Aschaffenburg, gesprochen habe. Wenn die Zentralstelle in Bayern, in Nürnberg, diese Fahrzeug im Großen en bloc beschaffe, bekomme man ganz andere Preise, als wenn der Landkreis ein Fahrzeug bestelle. Herr Kern fügt hinzu, dass nicht alle siebzehn Autos gleich seien. Siebzehnmal sei nur der Fahrzeuggeräteträger bestellt worden. Die Zubehörteile wie Ladenkran, Kipper, Hydraulikanlage usw. würden individuell für den Landkreis gekauft.

Landrat Scherf antwortet, dass die Fachleute des Straßenbauamtes sagten, was sie brauchen. Der Ansatz sei spannend und werde verfolgt, dass ein individuell zusammengestelltes Fahrzeug am Ende in der Ausschreibung günstiger sei.

Herr Wosnik ergänzt, dass er Kreisrat Schuck die Liste zuschicken werde mit den Fahrzeugen, die in Aussicht stehen, beschafft zu werden. Man nehme dann gerne den Gedanken von Kreisrat Schuck auf und trage ihn an das Staatliche Bauamt weiter.

Kreisrat Schuck sagt zur Faulbachbrücke, dass Behelfsbrücken gebaut werden müssten. Er

möchte wissen, ob das eine spezielle Vorgabe sei oder ob es dazu eine Alternative gebe.

Kreisrat Wolz merkt dazu auch an, dass er sich Gedanken mache, wo 500 – 600.000,00 Euro verbaut werden sollten. Er möchte wissen, ob wirklich so viele Behörden involviert seien und man so viele Vorgaben bekomme, dass man die Brücke nicht auf eine kostengünstigere Art und Weise saniere. Er fragt, ob man sich darüber Gedanken mache, kostengünstiger zu sanieren.

Herr Wosnik antwortet, dass es ein grundsätzliches Problem sei. Der Landkreis habe diese Aufgabe an das Staatliche Bauamt abgegeben. Daher sei es schwierig, Dann ist es natürlich so, dazu Dazu habe man auch nicht die Fachkompetenz im Haus. Es sei eine gute Anregung von Kreisrat Wolz, sich die Kosten noch einmal dezidiert von dem Büro respektive von dem Staatlichen Bauamt erläutern zu lassen. Letztendlich sei es aber so, dass wenn man die Planung abgegeben habe auch darauf setzen müsse, dass das Staatliche Bauamt die richtigen Planungsschritte einleite und die richtigen Grundlagen dort zugrunde lege. Die Konsequenz wäre, es selber zu machen, aber auch da wäre man nicht frei von Fehlern.

Herr Kern merkt an, dass es ein sehr kompliziertes Bauwerk sei. Es seien sehr schwierige Untergründe vorhanden. Anhand der verschiedenen Bohrungen könne man erkennen, dass es keine einfache Maßnahme sei. Außerdem sei es so, dass man nur den Zuschuss von der Regierung von Unterfranken bekomme, wenn die Maßnahme so wie geplant ausgeführt werde.

Kreisrat Scholtka sagt aus seiner Erfahrung, dass Ingenieurbüro gerne Nebenangebote ausschließen, um weniger Arbeit zu haben. Es sei aber immer sinnvoll, solche Nebenangebote zuzulassen, weil dann andere Ingenieurbüros sich Gedanken machten über diese Bauaufgabe und Ideen hätten, um Kosten zu sparen. So eine Idee könne beispielsweise eine andere Bauweise sein. Nebenangebote seien immer sinnvoll, weil sie einen Ingenieurwettbewerb auslösten, der nichts kostet, weil diese Angebote kostenlos abgegeben würden.

Herr Wosnik sagt, dass dies ein guter Hinweis sei und dies als Anregung mitgenommen werde.

### **Der Ausschuss für Bau und Verkehr empfiehlt dem Kreistag einstimmig,**

den Maßnahmen und dem Haushalt 2018 (Aufwandsbudget und Investitionsbudget) für die Liegenschaften des Landkreises Miltenberg zuzustimmen.

### **Weiterhin empfiehlt der Ausschuss für Bau und Verkehr dem Kreistag einstimmig,**

dem Kreisstraßenhaushalt 2018 sowie der Ausführung der Projekte im Zuge der Deckensanierung und Straßenneu/-ausbau einschließlich der Beauftragung von Planungsleistungen des Landkreises mit den nachfolgend aufgeführten Einzelsummen gemäß Haushaltsliste zuzustimmen:

|           |  |
|-----------|--|
| 850.000 € | für den Unterhalt an Straßen und Wegen einschließlich Kosten aus der Betriebskostenrechnung.   |
| 218.200 € | Summe aus Aufwendungen für Pachten, Personalnebenaufwendungen, vermischten Aufwendungen und Erstattung der Straßenbetriebskosten an den Freistaat Bayern |
| 345.000 € | für Fahrzeuge, Anbaugeräte, Werkzeuge und verschiedene motorisierte Geräte sowie Betriebsausstattungen an Straßen  |
| 10.000 €  | für Investitionsaufwendungen an Gemeinden (Kanalbeitrag und Borde)   |

|             |   |
|-------------|---|
| 1.605.000 € | für Anlagen im Bau hinsichtlich der Straßeninstandhaltung/-instandsetzung und gemeinsamer Projekte im Zuge von gemeindlichen Leitungssanierungen im Ver- und Entsorgungsbereich einschließlich Restabwicklungen der Maßnahmen aus den Vorjahren |
| 130.000 €   | Zuwendungseinnahmen   |

## Tagesordnungspunkt 5:

**Informationen zu aktuellen Planungen im Bereich Verkehr**

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, trägt vor:

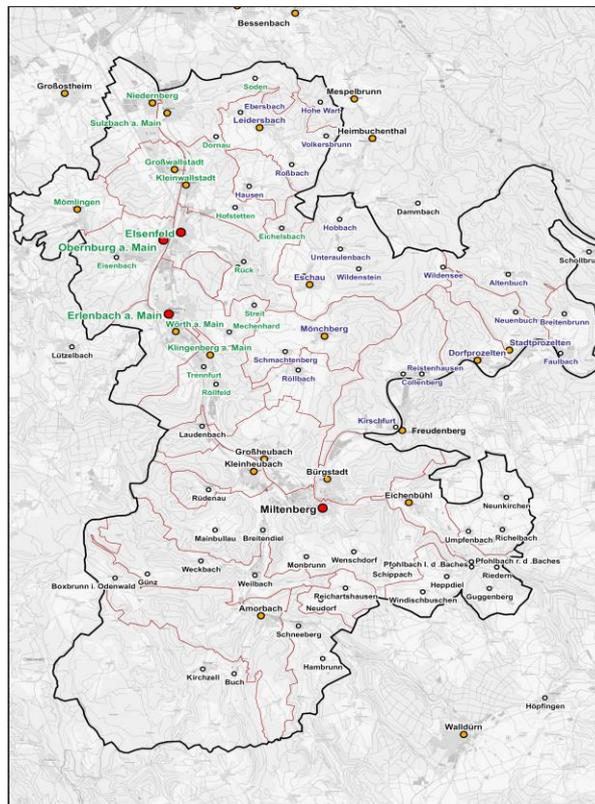
## Radverkehrskonzept:

Die Bearbeitung des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Miltenberg wurde in den vergangenen Monaten vom Büro VIA kontinuierlich fortgeführt.

Nach den auch bereits im Internet des Landkreises eingestellten Untersuchungsergebnissen „**Facharbeitskreis zum Radverkehrskonzept**“, Präsentation 1. Facharbeitskreis“ wurde im Sommer das Radwegenetz befahren und dokumentiert.

In dem gerade laufenden Projektarbeitsschritt werden nun auf der Ebene der jeweiligen Kommune Auswertungen der Befahrung erstellt. Diese Auswertungen umfassen eine Unfallkarte, Belastungsbereiche nach ERA, die linienhafte Radverkehrsinfrastruktur im Bestand, Breitenmängel, Mängel an Oberflächen, Knotenpunktformen

Die Kommunen werden nun in drei Gruppen aufgeteilt.



- Main-Anrainer Nord (grün)
- Spessart-Gemeinden (blau)
- Odenwald-Gemeinden und Main-Anrainer Süd (schwarz).

Für jede Gruppe werden ein Facharbeitskreis und ein Bürgerworkshop angeboten, in denen diese tieferen Auswertungen und die vorgeschlagenen Maßnahmen in Kleingruppen diskutiert werden sollen. Die für die Kommunen erstellte Maßnahmenübersicht wird ergänzt durch ein Maßnahmenkataster. Jede Maßnahme wird hier mit Fotos, Karte, Text und Musterlösungen erläutert.

Die Termine für diese Arbeitskreise sind wie folgt:

|                           | <b>Facharbeitskreis</b> | <b>Bürgerworkshop</b> |
|---------------------------|-------------------------|-----------------------|
| Bereich Nord              | 15.12.2017              | 19.01.2018            |
| Bereich Odenwald und Main | 30.01.2018              | 23.02.2018            |
| Bereich Spessart<br>fest  | 05.03.2018              | steht noch nicht fest |

### **Mobilitätskonzept:**

#### **Gutachten Mobilität und Siedlung Bayerischer Untermain 2035**

In der Region besteht ein hoher Bedarf an einem regionweiten, intermodalen und die Bezüge zur Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main aufgreifenden Mobilitätskonzept. Dies wurde durch Studien sowie politische und fachbezogene Akteure bestätigt.

Zudem wurde in der Vorbereitung der Fortschreibung des Kapitels „Verkehr“ von den beteiligten regionalen Akteuren an den Regionsbeauftragten herangetragen, dass eine umfassende übergreifende Neufassung des Kapitels notwendig sei.

Die zunehmende Dynamik und räumliche Verflechtung der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main führt zu einer starken, weiter zunehmenden Verkehrsbelastung am Bayerischen Untermain; zugleich bestehen Schwierigkeiten der Erreichbarkeit in den ländlichen Teilräumen Spessart und Odenwald. Im Themenfeld Siedlungsstruktur trifft eine steigende Nachfrage nach Wohnraum und Gewerbeflächen, u.a. auch aus der Metropolregion, auf ein sehr knappes Flächenangebot und eine wesentlich durch Landschaftsschutzgebiete geprägte Region. In vielen ländlichen Teilräumen bestehen umfangreiche Leerstände, wie u.a. durch die Konzepte der interkommunalen Allianzen aufgezeigt wird. Zugleich findet auch dort ein weiterer Flächenverbrauch statt.

Die außergewöhnliche Ausgangslage des Bayerischen Untermain macht es notwendig, zugleich auch das Kapitel Siedlungsstruktur anzugehen und die Querbezüge zwischen Siedlung und Verkehr im Rahmen eines Gutachtens zu prüfen.

Als Grundlage dienen vorhandene Vorarbeiten, Konzepte und Modelle der Region und der Teilräume (Verkehrsmodell der Straßenbauverwaltung (PTV), Gesamtverkehrskonzepte, Radverkehrskonzepte, Befragungen, Untersuchungen und Materialien des Verkehrsverbands, Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain, kommunale Lärmaktionspläne).

Es besteht die Chance auf eine Teilfinanzierungsmöglichkeit durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat StMFLH (50%; evtl. bis 75%). Voraussetzung dafür ist die direkte Einbindung in eine Regionalplanfortschreibung, die „Verkehr“ in Kombination mit weiteren Fachkapiteln betrachtet.

## Details zum Konzept

### 1. Ziele

- Klärung der Anforderungen von Bürgern und Unternehmen an den Verkehr/ Mobilität/ Wohnstandort heute und 2035
- Abstimmung und Zusammenführung der teilträumlich und sektoral vorhandenen Konzepte
- Transparenz über zukünftige Mobilitätsprobleme (0-Fall) und mögliche Handlungsspielräume in den Bereichen Mobilitäts- und Siedlungsentwicklung (3-5 Szenarien)
- Maßnahmen zur Beseitigung von Engpässen aller Verkehrsträger in der Region und mit Frankfurt Rhein-Main (FRM)
- Maßnahmen zur Sicherstellung der MIV-unabhängigen Erreichbarkeit ((motorisierter Individualverkehr), Verzahnung zwischen ländlichen Teilräumen und Verdichtungsräumen und Verbesserung der Verknüpfung von Verkehrsträgern (z.B. reg. Mobilstationen)
- Veränderung des Modal Split hin zu mehr klimaneutralem, schadstoffärmerem und leiserem Privat- und Wirtschaftsverkehr (verschiedene Szenarien)

Verkehrsvermeidende Siedlungsentwicklung (Region der kurzen Wege)

### 2. Beteiligungs- und Abstimmungsprozess

- Befragung von Bürgern und Unternehmen vor Szenarien-Entwicklung
- Beteiligung Politik zur Entscheidung/ Festlegung auf 1-2 Szenarien
- Die Projektgruppen der Initiative Bayerischer Untermain, die fachlichen Bezug zu diesem Thema haben, sowie weitere regionale Akteure werden durch den Regionalen Planungsverband (RPV) beratend hinzugezogen.
- 2 Zwischenberichte: Nach Ist-Analyse und nach Szenario-Entwicklung; Dokumentation des politischen Entscheidungsprozesses

### 3. Ergebnis

- Gutachterliche Empfehlung für Festlegungen im Regionalplan
- Gutachterliche Empfehlungen für verkehrliche Maßnahmen auf der Basis eines verkehrsträgerübergreifenden Modells zur Siedlungs- und Verkehrsentwicklung
- Gutachterliche Empfehlung für Siedlungsentwicklung mit Ziel der Verkehrsvermeidung, etwa durch verkehrsarme, weniger MIV-abhängige Siedlungsentwicklung; (denkbar: Vorbehaltsgebiete Siedlung im Regionalplan zur Sicherung geeigneter verkehrsarmer und ÖPNV-affiner Flächen)
- **Nicht:** Einzelkommunale Lösungen für bestehende Verkehrsprobleme

### 4. Meilensteine

- Beschluss der Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain 18.10.2017. ✓
- RPV, Sitzung 20.10.2017: Grundsatzbeschluss zur Fortschreibung der Regionalplan-Kapitel Mobilität und Siedlung und Vorbereitung eines Verkehrsgutachtens ✓
- Nov./Dez. Erstellung Leistungsbeschreibung und Abstimmung StMFLH
- Abstimmung Projektgruppe Planung und Verkehr sowie Umwelt und Regionale Produkte am 11.12.2017
- Förderzusage und Vergabe Gutachten durch RPV 2018

Landrat Scherf sagt, dass Mobilität das Hauptbedürfnis der Menschen sei. Die Mobilitätsstrukturen seien nicht ausreichend konzipiert, aber auch die über alle Grenzen hinweggehende Erkenntnis, die auch durch die Vorlage der Klimabilanz 2017 für die Region Bayerischer Untermain, welche in zwei Tagen im Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz vorgestellt werde, dass wenn man beim Thema Mobilität nichts bewege, dann sei man beim Thema Klimaschutz machtlos. Man müsse Mobilität ganzheitlich denken und benötige verlässliche Grundlagen.

Kreisrat Schuck möchte wissen, ob das autonome Fahren oder direkte Busverbindungen Richtung Frankfurt auch in diesem Konzept enthalten seien.

Herr Wosnik antwortet, dass man noch in der Erstellung der Leistungsbeschreibung sei. Ehrlicherweise sei die Entwicklung, die die Digitalisierung mit sich bringe, sehr schwer absehbar. Es werde in die Leistungsbeschreibung aufgenommen, dass der Gutachter dazu Aussagen mache, aber man dürfe sich nicht allzu viel davon erwarten, dass diese dann auch so zutreffend seien. Man sei erst am Anfang und es sei schwer abzuschätzen, wie dieser Prozess weitergehe.

Digitalisierung im Allgemeinen werde einen großen Effekt erzielen, d.h. autonomes Fahren sei die eine Sache, eine andere Sache sei, dass nicht mehr das Fahrzeug wichtig sei, sondern die Transportleistung. Die Transportleistung könne man sich auf vielfältige Art und Weise wie z.B. Mitfahrzentralen, Ruftransport o.ä. sichern. Dies werde garantiert kommen. Das soll auch mitbetrachtet werden.

Landrat Scherf sagt, dass er dazu für die Region Bayerischer Untermain Kontakt mit dem Projektsteuerer bei der DB Regio Bayern sowohl bezüglich des automatisierten Fahrens als auch wegen verlässlicher Mobilitätslösungen aufgenommen.

### **Carsharing:**

Der Initiative des Landkreises, ein geeignetes Ausschreibungsverfahren zur Vergabe der Konzessionen für das Carsharingangebot im Landkreis durchzuführen, haben sich 20 Kommunen im Landkreis angeschlossen. Einige Gemeinden haben sich für eine vergabeverfahrensfreie Zusammenarbeit mit App2drive entschieden.

Sowohl die Notwendigkeit der Ausschreibung als auch die Erstellung der Vergabeunterlagen wurden durch eine auf Vergabeverfahren spezialisierte Kanzlei unterstützt und geprüft.

Das Vergabeverfahren wurde als offenes Verhandlungsverfahren EU-weit bekannt gemacht. Darüber hinaus werden Unternehmen, die für das Verfahren geeignet erscheinen (wie zum Beispiel App2drive), vom Landratsamt auf die Ausschreibung hingewiesen.

Eine Vergabe der Konzession ist, sofern sich Unternehmen für die Konzession interessieren und ein entsprechendes Angebot vorlegen, für den Januar 2018 vorgesehen.

Der mit den Unterlagen für die Bieter zur Einsicht freigegebene Vertragsentwurf sieht als zentrale Inhalte vor:

- Die Pflichten der Gemeinde beschränken sich im Wesentlichen auf die Bereitstellung des Stellplatzes
- Jede Kommune schließt auf der Basis des bereits zugesandten Vertragsblankos (Überarbeitung in der Anlage) einen eigenen Vertrag
- Die Schadenshaftung liegt beim Carsharingunternehmen und dem Nutzer
- Carsharinganbieter gewähren im Rahmen der vorhandenen Kapazität grundsätzlich jeder volljährigen Person mit einer für das entsprechende Kraftfahrzeug gültigen und vorgelegten Fahrerlaubnis diskriminierungsfrei eine Teilnahmeberechtigung

- Die Bereitstellung von E-Fahrzeugen und die dafür bei den wenigen Kommunen, die sich dafür interessiert haben, notwendigen Voraussetzungen werden im Verhandlungsteil des Verfahrens erkundet. Diese sind nicht Bestandteil der Wertungsmatrix, da der Anteil an E-Fahrzeugen zu gering ist
- Die Qualität des Angebotes des Bieters und der „hypothetische“ Preis, d.h. der Preis, den der Nutzer des Angebotes zahlt, werden jeweils zu 50% in die Bewertung einfließen.

**Alle anderen Inhalte der Ausschreibung sind unter dem folgenden Link abrufbar:**  
<https://cloud.lra-mil.de/milcloud/index.php/s/x4Fkmkx9ERckX2R>

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 6:

**Anfragen**

Herr Wosnik informiert, dass mittlerweile der Bescheid der Regierung zur Faulbachbrücke eingegangen sei. Der Landkreis erhalte eine Festförderung von 230.000,00 Euro für die Brücke.

gez.

**Scherf**  
Vorsitzender

gez.

**Zipf-Heim**  
Schriftführerin